

07.06.13 | EU-Beitritt

EU-Neuling Kroatien – das nächste Griechenland?

Mehr als die Hälfte der Jungen ist ohne Job, die Wirtschaft schrumpft: Kroatien kämpft mit den Folgen der Finanzkrise. Die EU nimmt das Land zum 1. Juli auf – und damit ihr nächstes Sorgenkind? *Von Anze Voh Bostic*

Die europäische Familie wird größer: Am 1. Juli nimmt die EU den südosteuropäischen Staat Kroatien als neues Mitglied auf.

Das Land am Adriatischen Meer, in den 90er-Jahren noch in einen blutigen Bürgerkrieg verwickelt, dem 20.000 Menschen zum Opfer fielen, ist jetzt stabil und entwickelt genug, um erfolgreich im harten Wettbewerb des Binnenmarkts mitmischen zu können. Das glauben zumindest die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten. Auch der Bundestag ratifizierte Kroatiens Beitrittsvertrag.

Doch viele Beobachter sind da ganz anderer Ansicht und warnen, das durch die Finanzkrise schwer angeschlagene Land könnte schon bald das nächste Sorgenkind Europas sein. Will Bartlett, Experte für den Westbalkan an der renommierten London School of Economics, sagt, die EU-Länder dürften schnell erkennen, dass sie ein neues Griechenland in ihre Gemeinschaft aufgenommen hätten.

Vom Tourismus abhängig

Dies bedeutet allerdings nicht automatisch, dass die EU schon jetzt das Rettungsgeld für Kroatien zurückstellen sollte. Denn die wirtschaftliche Erholung des Landes hängt vor allem davon ab, ob die kroatischen Politiker Reformen durchsetzen wollen.

Die derzeitige Lage des stark vom Tourismus abhängigen Landes bietet zumindest keinen Anlass für Optimismus: Kroatien steckt schon seit 2009 in der Rezession, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist seither um elf Prozent abgestürzt. Die Staatsverschuldung hat sich dagegen fast verdoppelt und wird in diesem Jahr voraussichtlich 60 Prozent des BIP erreichen. Zwei von drei großen Ratingagenturen bewerten die Kroatiens Staatsanleihen als Schrott.

Das größte Problem aber ist die hohe Arbeitslosigkeit. Ende 2012 konnten fast ein Fünftel der Arbeitssuchenden keine Stelle finden, mehr als die Hälfte der jungen Kroaten

(Link: <http://www.welt.de/116783257>) ist ohne Job.

Beitritt könnte Lage verschlechtern

"Seit der Zersplitterung Jugoslawiens hat die Industrie zwischen 300.000 und 400.000 Arbeitsplätze verloren", sagt Ivo Druzic, Volkswirtschaftsprofessor an der Universität von Zagreb. "Die wirtschaftliche Zukunft des Landes hängt deswegen vor allem von neuen Arbeitsmöglichkeiten im produzierenden Gewerbe ab."

Der EU-Beitritt könnte die Situation kurzfristig sogar noch verschlimmern. Denn Kroatien muss gleichzeitig die Zentraleuropäische Freihandelsgemeinschaft (CEFTA) verlassen, in deren Länder es Güter im Wert von zwei Milliarden Euro ausführt – das sind mehr als 20 Prozent aller Exporte. Manche CEFTA-Mitglieder haben daher bereits die Einführung von Zolltarifen für kroatische Güter angekündigt.

Kroatien habe im Vergleich zu den anderen Mitgliedern am meisten von der CEFTA profitiert, weil es über die stärkste Industriebasis verfüge, meint Bartlett. Der Ausstieg werde deswegen negative Auswirkungen mit sich bringen.

Im freien Fall

Teils hätten sich die Unternehmen schon auf die künftig beschränkten Handelsmöglichkeiten vorbereitet, indem sie Ableger in CEFTA-Ländern wie Serbien und Bosnien gegründet hätten. Nach Ansicht des Ökonomen Druzic dürften aber vor allem reine Handelsunternehmen schwer getroffen werden.

Um den freien Fall der Wirtschaft zu stoppen, muss Kroatien seine Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern, sind sich die Experten einig. Im "World Competitiveness Yearbook", einem Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit von 60 Staaten, steht Kroatien nur auf Platz 58 – hinter allen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Griechenlands sowie hinter Kasachstan, Jordanien und Kolumbien.

Die Geschäftsmöglichkeiten sind zudem sehr beschränkt: In ihrer "Doing Business"-Studie stellt die Weltbank Kroatien ein miserables Zeugnis aus, was die Qualität der Geschäftsbedingungen angeht. Das Land steht nur auf Platz 84 – wieder hinter allen EU-Staaten mit Ausnahme Maltas.

Milliarden aus EU-Fonds

Kroatien müsse viel mehr in moderne Technologien, Forschung und Entwicklung sowie Ausbildung investieren, sagt Balkan-Experte Bartlett. Potenzial gebe es besonders in der Elektroindustrie, kleinen hochtechnologischen Unternehmen und der Designbranche.

Zudem müsse die Bürokratie die Wirtschaft besser unterstützen, fügt Druzic hinzu. Die komplizierten Gesetze und Vorschriften müssten gründlich umgestaltet werden.

Doch für neue Investitionen braucht das kleine Land mit seinen gerade einmal 4,3 Millionen Einwohnern Geld. Das wird nach dem Beitritt aus EU-Fonds auch fließen: Kroatien kann einen Topf von jährlich bis zu zwei Milliarden Euro anzapfen – eine hohe Summe, die vier Prozent des kroatischen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Fraglich ist jedoch, ob Behörden und Unternehmen fähig sind, genügend hochwertige Entwicklungsprojekte vorzubereiten, um das europäische Geld auch zu erhalten.

Korruption ist endemisch

Zudem habe Kroatien wenig erfolgreich die Heranführungshilfe – das Entwicklungsgeld, das allen EU-Bewerberländern zur Verfügung steht – genutzt, sagt Bartlett. Es habe lediglich 20 Prozent des angewiesenen Geldes auch wirklich verwendet.

Könne das Land dies nicht verbessern, bekomme es jährlich nur rund 400 Millionen Euro aus dem Fonds – müsse aber gleichzeitig 250 Millionen Euro pro Jahr in den EU-Haushalt einzahlen. Ökonom Druzic hofft, dass die vielen neu gegründeten Privatagenturen für die Projektvorbereitung das Nutzen des Fondsgeldes beschleunigen werden.

Es ist vor allem eine Hürde, die Investoren entmutigt und die Bürokratie lähmt: die weit verbreitete Korruption. Bei einer kürzlich veröffentlichten Umfrage (Link: <http://www.welt.de/115940880>) des Beratungsunternehmens Ernst & Young unter Managern aus verschiedenen Ländern landete Kroatien auf dem dritten Platz, was die Verbreitung der Korruption im Geschäftsleben angeht. Das Land soll korrupter sein als etwa Nigeria und Russland.

Reformeißer in Rumänien und Bulgarien ließ nach

In den vergangenen Jahren hätten die Behörden den Kampf gegen die Korruption zwar ernster genommen, meint Druzic. So habe 2012 die Verurteilung des ehemaligen Regierungschefs Ivo Sanader zu zehn Jahren Haft wegen Bestechung für mehr

Glaubwürdigkeit des Staates sorgen sollen.

Doch nach Auffassung des Briten Bartlett reicht das nicht. Denn das Problem liege bei der Justiz, die endemisch korrupt sei. Potenzielle Investoren könnten deshalb im Fall eines Wirtschaftsverfahrens keine unabhängige Entscheidung der Gerichte erwarten und investierten daher lieber anderswo. "Korruption ist ein langfristiges Problem, das in Kroatien nicht über Nacht gelöst wird", so Bartlett.

Einen ersten mutigen Schritt in die richtige Richtung machte kürzlich die Mitte-Links-Regierung von Premier Zoran Milanovic: Sie strich Staatssubventionen für Verlust machende Schiffswerften und privatisierte zwei der Unternehmen.

Allerdings: Es war die EU-Kommission, die den Verkauf als eine Voraussetzung für den Beitritt angeregt hatte. Und die Beispiele Rumänien und Bulgarien zeigen, dass der Reformeifer in den neuen Mitgliedstaaten nach dem Beitritt häufig deutlich abnimmt.

© Axel Springer AG 2013. Alle Rechte vorbehalten